

Dr. Hannes Androsch

**zu ÖVP Stellungnahmen zum Ausgang der Volksbefragung über die Zukunft
des Bundesheeres: Damit ist die Katze aus dem Sack**

21. Jänner 2013

Das Ergebnis der Volksbefragung zum Bundesheer hat bei überraschend hoher Wahlbeteiligung ein klares Ergebnis gebracht. Dieses ist zu respektieren, allerdings sind jetzt noch mehr Fragen aufgeworfen worden.

Vizekanzler Dr. Michael Spindelegger meinte, dass nun der Verteidigungsminister die Suppe auslöffeln müsse. Damit gibt er zu, dass eine Suppe eingebrockt wurde. Die Frau Innenministerin erklärte, dass 70 Prozent der wehrdienenden Systemerhalter einzusparen sind, das sind 70 Prozent von mehr als der Hälfte der Wehrdiener.

Mit diesen beiden Stellungnahmen ist die Katze aus dem Sack!

Dem Vorschlag der Frau Innenministerin nach müssen die eingesparten wehrdienenden Systemerhalter durch bezahlte Kräfte ersetzt werden, womit automatisch eine zusätzliche Budgetbelastung eintreten und die ohnehin zu geringe Budgetkonsolidierung erschwert werden würde. Der verbleibende Teil, der auf diese Weise ausgedünnten Wehrdiener wäre in sechs Monaten dennoch weiterhin nicht in der Lage, die notwendige Militärtechnologie einsatzfähig beherrschen zu lernen. Damit tritt das Gleiche ein, wie im Milizbereich durch die Entscheidung des damaligen ÖVP Verteidigungsministers Günther Platter: Seit 2006 gibt es keine Übungen der Miliz mehr. Unvermeidbare Folge: keine Einsatzfähigkeit.

Nicht überraschend wird auch schon gefordert, den Zivildienst auf sechs Monate zu reduzieren. Damit wird eingeräumt, dass auch dieser eine grobe Ungleichheit und eine Ressourcenverschwendung darstellt.

Aus letzterem Grund wird jedenfalls jede zweite der zersplitterten Kleinkasernen zu schließen sein. Für die Berufs- und Zeitsoldaten sowie dem weit überhöhten Zivilpersonal ist jedenfalls umgehend ein neues, den tatsächlichen Erfordernissen entsprechendes modernes Dienstrecht notwendig. Ziel dabei muss auch sein, eine für die Erfüllung der militärischen Aufgaben sinnvolle Altersstruktur zu erreichen.

Das ist nun in der Tat die Suppe, die der Steuerzahler auszulöffeln hat.